Krakauer Zeitung.

Nr. 275. Samstag, den 29. November 1862.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mi 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr.; Stämpelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung" (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. **VI. Jahrgang.** **Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.**

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 17. November d. J. zu Kreisvorstehern in Galizien den disponiblen Statthaltereirath Karl Wolfarth für Kolomea, den Kreiscommissär erster Klasse Narcyß Ritter v. Zajączkowski für Tarnow, dann die bereits mit der Leitung der Kreisbehörden zu Krakau und Wadowice betrauten Statthaltereiräthe Franz Myrbach Ritter von Rheinfeld und Theodor Friedhuber v. Grubenthal unter Belassung derselben an ihren gegenwärtigen Dienstorten allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 17. November d. J. den Bezirksvorsteher, Ludwig Fürsten Poniński, zum Kreiscommissär erster Klasse in Galizien allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 20. November d. J. in Folge der neuen Organisation des k. k. Marineministeriums und des k. k. Marinecommando's allergnädigst zu ernennen geruht:

In der Kriegs-Abtheilung des Marineministeriums:

Zum Stellvertreter, den Contre-Admiral Karl Freiherrn von Lewartow-Lewartowski;

zum Leiter des technischen Wesens, den Oberst des Marine-Zeugskorps Eduard Filippi;

zum Vorstande der Marine-Centralkanzlei, den Fregatten-Capitän, Eduard Freiherrn Schwäger von Hohenbruck;

zum Vorstand der ersten Abtheilung, den Major des Marine-Infanterie-Regiments Mathias Leisser;

zum Vorstande der zweiten Abtheilung, den obersten Marine-Arzt Dr. Stephan v. Patay;

zum Vorstande der dritten Abtheilung, den Major des Marine-Zeugskorps Wenzel Wilhelmi;

zum provisorischen Vorstande der vierten Abtheilung, den Schiffbau-Ober-Ingenieur Theodor Schunk;

zum provisorischen Vorstande der fünften Abtheilung, den der Kriegsmarine zugetheilten Oberstlieutenant vom Geniestabe, Rudolph Freiherrn v. Türkheim;

zum Vorstande der sechsten Abtheilung, den Ober-Kriegskommissär erster Klasse Philipp Ritter v. Ziemsen;

beim Marine-Commando:

zum ersten Adjutanten des Marine-Commandanten, den Linienschiffs-Capitän Wilhelm von Tegetthoff;

zum Justizreferenten, den Major-Auditor August Ritter von Allram;

zum Vorstande des Material-Kontrolamtes, den Contre-Admiral des Pensionsstandes, Joseph Ritter v. Pöltl, mit dessen gleichzeitiger Einberufung zur zeitlichen Dienstleistung;

zum Hafen-Admiral in Venedig, den Linienschiffs-Capitän Wilhelm Breisach;

zum Hafen-Admiral in Triest, den Linienschiffs-Capitan Alois Pokorny.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den ersten Rath und provisorischen Leiter der Central-Seebehörde Justus v. Conti, als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse den Ordensstatuten gemäß mit dem Prädikate „von Cedassamare" in den Ritterstand des österreichischen Kaiserreiches allergnädigst zu erheben geruht.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:

Der Feldmarschall-Lieutenant Joseph Freiherr Martini v. Nosedo zum Inhaber des Linien-Infanterie-Reg. Nr. 30;

der Feldmarschall-Lieutenant Joseph Freiherr Maroičić di Madonna del Monte zum Inhaber des Linien-Infanterie-Regiments Nr. 7;

der Feldmarschall-Lieutenant Karl Graf Bigot de Saint-Quentin zum zweiten Inhaber des Uhlanen-Regiments Erzherzog Ferdinand Maximilian Nr. 8, und

der Oberstlieutenant Adolph Schwarz, des Kürassier-Regiments König Johann von Sachsen Nr. 3, zum Commandanten dieses Regiments, bei einstweiliger Belassung in dieser Charge.

Uebersetzung:

Der Major Joseph Swoboda, vom Infanterie-Regimente Erzherzog Karl Salvator von Toscana Nr. 77, zum Infanterie-Regimente Freiherr v. Roßbach Nr. 40.

Verleihungen:

Den pensionirten Hauptleuten erster Klasse: Anton Elger nnd Karl Petzoldt der Majors-Character ad honores.

Pensionirung:

Der Oberstlieutenant Franz Girardini, des Kürassier-Regiments Kaiser Nikolaus I. von Rußland Nr. 5.

Quittirung:

Der Oberst Ludwig Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, Commandant des Kürassier-Regiments Johann von Sachsen Nr. 3, auf seine Bitte mit Beibehalt des Militär-Charakters.

Die Oberste Rechnungs-Kontrolsbehörde hat eine bei der Tabak- und Stempel-Hofbuchhaltung erledigte Rechnungsrathsstelle dem Rechnungsoffiziale dieser Hofbuchhaltung Franz Amon verliehen.

Das k. k. Oberstthofmeisteramt hat die erledigte Stelle eines Secretärs des k. k. Oberstjägermeisteramtes dem bisherigen Konzipisten daselbst Karl Bauer verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 29. November.

In Paris, schreibt man der „N. P. Z.", ist man in Zweifel, ob England wirklich den Prinzen Alfred von Großbritanien auf König Otto's Thron setzen will, daß man sich aber stellt, als glaube man an den aufrichtigen Willen Englands, seit man weiß, daß die britischen Agenten in Griechenland wahrscheinlich eine Majorität der Stimmen für diesen Prinzen zusammen bringen werden. „Respect vor Herrn Suffrage universal!" wird man rufen und zwar mit Stentorstimme, man wird dazu dem britischen Prinzen zwar nicht diese neue Krone, wohl aber England die Schwierigkeiten der neuen Situation von Herzen gönnen. Dabei wird von einer Seite der alte Haß gegen England gestachelt. Andererseits wissen kluge Politiker schon, daß England, durch seinen Prinzen im Besitz Griechenlands, sofort seine orientalische Politik ändern und aggressiv gegen Konstantinopel vorgehen werde. Eine klägliche Rolle spielt bei dieser griechischen Comödie die Pariser Presse, namentlich die halbofficielle, die sich immer noch mit mühselig verhaltenen Lachen auf die Verträge beruft, die doch durch die Vertreibung des Königs Otto zerissen sind, von denen man doch nur reden dürfte, wenn man zuerst den legitimen König oder seinen durch diese Verträge eben bestimmten Nachfolger aus dem königlich baierischen Hause in Athen wieder hergestellt hätte. Diese langweilige Heuchelei mit den Verträgen in den halbofficiellen Blättern erregt wirklich Ekel. Die „Patrie" wird gar ganz Roccoco; sie kommt mit dem europäischen Gleichgewicht angestiegen und meint, der Kaiser werde sich im Namen dieser alten Dame gegen diese Vergrößerung Englands erklären. Nun, wenn der Kaiser für das europäische Gleichgewicht zum Ritter wird, dann hat die Kaiserin Eugenie wenigstens keine Ursache, eifersüchtig zu werden. Leute, die sonst gut unterrichtet sind (so lautet ja wohl die herkömmliche Wendung?), versichern mich, Drouyn de Lhuys warte nur das Erscheinen des Prinzen Alfred in Korfu ab, um in London ernstliche Vorstellungen zu machen — ich glaube, daß er noch länger warten wird. Sicher ist es aber, daß man der baierischen Gesandschaft die besten Versprechungen macht. Fragen Sie nun schließlich mich nach meiner Ansicht, so kann ich das beschämende Geständniß nicht zurückhalten, daß ich gar keine habe. Ich sehe in diesem Wirrwarr nur als einzigen festen Punkt die Absicht diesseits und jenseits des Canals, soviel Vortheil als möglich aus dem griechischen Handel zu ziehen, ohne alle Rücksicht auf das Recht, ohne alle Rücksicht auf die Verträge, ohne alle Rücksicht auf die Garantieen, die heut zu Tage bekanntlich dazu gegeben werden, damit nichts garantirt ist!

England läßt wie es scheint bezüglich des Prinzen Alfred den Dingen ihren ruhigen Verlauf, so lange Rußland und Frankreich die Candidatur des Herzogs v. Leuchtenberg begünstigen, dem man auch schon, wie man heute aus Paris schreibt, in einer Prinzessin Murat eine Gemahlin ausersehen hat. Lord Palmerston soll, wie man ebenfalls aus Paris berichtet, in einer Unterredung mit dem Grafen Flahault diesem rundweg erklärt haben, England werde sich bezüglich der Thronfolge in Griechenland durch die Verträge nur in soweit für gebunden erachten als dies auch die beiden anderen Schutzmächte thun würden.

Nach einer Berliner Correspondenz der „D. A. Z.": sind die Schutzmächte in Bezug auf die griechische Frage über folgende drei Punkte einig: 1. keine Candidatur für den griechischen Thron zu unterstützen, so lange König Otto nicht förmlich abdicirt hat; 2. die provisorische Regierung nicht anzuerkennen; 3. ihre Gesandten jedoch in Athen zu belassen. Vor allen Dingen wird die Bestimmung des Londoner Vertrages, welche Prinzen aus den Fürstenhäusern der Schutzmächte von der Thronfolge in Griechenland ausschließt respektirt werden.

Die sardinische Regierung hat an den Grafen Mamiani in Athen einen Courrier gesendet mit Instructionen für ihren dortigen Gesandten, nach welchen derselbe von jeder Unterstützung der Candidatur des Prinzen Amadeus abzustehen habe, weil der König nie zugeben würde, daß ein Prinz seines Hauses die Religion seiner Ahnen verleugnen werde, und dann um nicht bei den Schutzmächten irgend Anstoß zu geben.

Die „Patrie" meldet, daß die Antwort des Herrn Bulgaris auf die Eröffnungen, welche Hr. Drouyn de Lhuys der provisorischen Regierung durch Herrn Bourrée machen ließ, im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angelangt und „in Ausdrücken voll von Dankbarkeit für Frankreich abgefaßt und sehr geeignet ist, das Tuileriencabinet zu befriedigen." Vielleicht gibt das Circular des Herrn Drouyn de Lhuys über die griechischen Angelegenheiten, welches, wie man versichert, demnächst im Moniteur erscheinen wird, nähere Aufschlüsse.

Nach den letzten Depeschen aus Athen hat das englisch-griechische Comité eine Biographie des Prinzen Alfred in griechischer Sprache drucken lassen. Dieser Biographie ist eine Photographie des Prinzen Alfred beigefügt.

Nach der France hat ein höherer Offizier der englischen Marine, der mit einer Mission nach Griechenland betraut ist, der Admiralität ein Memorandum eingesandt, worin er beweist, daß Griechenland eines Tages der englischen Marine vortreffliche Matrosen liefern könne. Das genannte Blatt fügt hinzu, daß diese Arbeit Eindruck auf die englische Admiralität gemacht habe und daß sie eine der ernstesten Seite der griechischen Frage in sich schließe.

Die Nachricht, daß die Engländer ein Steinkohlen-Depot auf der Insel Lemnos herstellen wollen, flößt der France ebenfalls „Besorgnisse" ein.

Nach der neuesten Levantepost (s. u.) beginnt in Athen sich gegen die provisorische Regierung eine revolutionäre Opposition zu bilden. Absetzungen und Landesverweisungen dauern fort. Die Pforte richtete eine freundschaftliche Note an die griechische Regierung, bezüglich der letzten in Constantinopel vorgefallenen Demonstrationen der Hellenen, deren Wiederholung leicht die Ruhe stören und daher mindere Nachsicht finden könnte.

Die französische Regierung hat soeben in London eine scandalöse Blamage erlitten. Bekanntlich trug man sich in den letzten Tagen des vor einiger Zeit eingegangenen Morning Chronicle mit dem Gerücht, das Blatt schreibe, wenn nicht als angekauftes, doch als bestochenes Organ des Cabinets der Tuilerien, im französischen Interesse und diesem Rufe war es mit zuzuschreiben, daß sich sein Untergang beschleunigte. Jetzt folgt die Enthüllung und Bestätigung jenes Gerüchts in einer Klage, welche der Rechtsanwalt (Serjeant) Glover, als ehemaliger Eigenthümer des Morning Chronicle, bei dem Gerichtshof von Queen's Bench gegen die Herren von Persigny und Billault wegen 14,000 Pfd. (über 90,000 Thlr.) für gelieferte Arbeit und gemachte Auslagen (for work done and money laid out) eingereicht hat. Es handelt sich vorläufig noch um die Frage, ob die Sache vor das Forum eines englischen Gerichtshofes gehört. Im nächsten Termin wird diese Competenzfrage zur Erörterung und Entscheidung kommen.

Die Patrie tritt dem Gerücht entgegen, nach welchem der Marschall Randon in außerordentlicher Mission nach Rom gesendet werden sollte.

Lord Russells Kopenhagener Depesche ist nach wie vor ein Gegenstand der allerheftigsten Angriffe; der toryistische „Herald" steht dabei an der Spitze. Dagegen zeigt eine Bemerkung des Palmerstonschen „Observer", daß auch Lord Palmerston seine Ansicht in der Dänisch-Deutschen Frage leise modifizirt hat. Es heißt darin tadelnd: „Dänemark scheint entschlossen, Schleswig zu absorbiren und die alten Privilegien dieses Landes zu zerreißen."

In Kopenhagen war bisher aufs Beharrlichste in Abrede gestellt worden, daß das Petersburger Cabinet sich in einer Note für die Russell'schen Propositionen ausgesprochen habe. Jetzt wird dagegen berichtet, daß Fürst Gortschakoff allerdings, und zwar in einer noch schärferen und eindringlicheren Weise als Graf Russell, sich gegen Dänemark, resp. für die von den deutschen Mächten gestellten Forderungen ausgesprochen und dabei insbesondere unter Bezugnahme auf die früheren Aeußerungen des Kopenhagener Cabinets, „daß Dänemark sich dem Urtheil Europa's fügen werde", eine sorgsame und eingehende Erwägung der englischen Vorschläge empfohlen habe; doch sei Baron Nicolai nur beauftragt gewesen, Herrn Hall die Depesche vorzulesen.

Die Nachricht, daß Oesterreich und Preußen das ihnen vom Bunde zu Unterhandlungen mit Dänemark übertragene Mandat dem Bund zurückgeben und einen Antrag am Bundestage in Betreff der jetzt in der schleswig-holsteinischen Frage zu ergreifenden Maßregeln einbringen würden, ist verfrüht. Gegenwärtig werden noch Verhandlungen zwischen den beiden Cabineten zu Wien und Berlin gepflogen, die eine Verständigung über die nach Kopenhagen auf die letzten dänischen Kundgebungen zu erlassende Antwort bezwecken, und nächstdem werden die Regierungen der beiden deutschen Großmächte sich über die weiteren am Bunde in dieser Frage einzuleitenden Schritte vereinigen.

Berichten aus Madrid zufolge ist der Versuch des Marschall O'Donnell, den General Prim zum Eintritt ins Cabinet zu bewegen, gescheitert, weil der letztere erklärte, daß mit ihm auch einige Progressisten ins Ministerium müßten.

In Bukarest hat am 16. d. der Fürst Alexander Kusa durch seinen Ministerpräsidenten eine außerordentliche Session der rumänischen Kammer mit einer Botschaft eröffnen lassen, in welcher vorzugsweise die Finanzlage des Fürstenthums und die Bedürfnisse desselben betont werden. Seit nahezu drei Jahren haben die Ausgaben des Staates, wie die Botschaft selbst hervorhebt, einer Controle durch die Volksrepräsentation nicht unterlegen.

In Montevideo hat ein Conflict zwischen der Regierung und der kirchlichen Behörde großes Aufsehen erregt. Nach langen und heftigen Debatten entzog der Präsident dem Delegirten des heil. Stuhles, dem apostolischen Vikar Vera, das Exquatur. Der Streit war immer heftiger, und der genannte Prälat, so wie der Pfarrer an der Kathedrale erhielten den Befehl, das Gebiet der Republik binnen drei Tagen zu verlassen. Diese Maßregel wurde auch ausgeführt, aber nicht ohne ein fulminantes Interdict und einen Protest von Seiten eines Theiles der Geistlichkeit. Beim Abgang der letzten Post war der Streit ziemlich beigelegt.

Sicherem Vernehmen nach soll sich auf der Insel Haiti eine Bewegung kundgeben, die auf die Vereinigung dieser Insel mit Frankreich abzielt.

†† Krakau, 29. November.

Im Nachhange zu der Kundmachung der Lemberger k. k. Finanz-Landes-Direction de dato 28. October 1862 von der Ausschreibung der directen Steuern für das Verwaltungsjahr 1863 wird in Betreff der Einkommensteuer zur allgemeinen Kenntniß gebracht: 1. daß den Bekenntnissen des Einkommens der I. Klasse, sowie des nicht in stehenden Jahreszügen bestehenden Einkommens der II. Klasse, für das Verwaltungsjahr 1863 die Erträgnisse und Ausgaben der Jahre 1860, 1861 und 1862 zur Ermittlung des reinen Durchschnittserträgnisses zum Grunde zu liegen haben; 2. daß die Anordnungen der §§. 21 und 22 des Allerhöchsten Patentes vom 29. October 1849 auf die von stehenden Bezügen der II. Klasse für das Jahr, welches vom 1. November 1862 beginnt und am 31. October 1863 endet, fälligen Beträge Anwendung finden; 3. daß die Zinsen und Renten der III. Klasse, welche der Einbekennung von Seite der Bezugsberechtigten unterliegen, nach dem Stande des Vermögens und Einkommens vom 31. October 1862 einzubekennen, und 4. daß die Bekenntnisse über das Einkommen überhaupt und die Anzeigen über die stehenden Bezüge bis 31. Dezember 1862 zu überreichen sind.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. d.

Die Berathung über das Finanzgesetz, Abtheilung „Bedeckung" wird fortgesetzt. Die Gesammtsumme der directen Steuern wird mit 109,814,700 fl. bemessen, die indirecten Abgaben sind vom Ausschuß mit 184,280,717 fl. präliminirt worden.

Finanzminister v. Plener glaubt, daß die Rubrik Zoll zu hoch gegriffen wurde und wünscht die Reducirung derselben um Eine Million. Skene entgegnet, daß in Folge der mit dem Reichsrathe vereinbarten Maßregeln ein Zurückgehen des Agio und damit auch eine Verminderung der Staatsausgaben zu erwarten sei.

Herbst motivirt den Ausschußantrag umständlich und meint, daß ein noch höherer Zollertrag zu erwarten sei, als vom Ausschusse präliminirt wurde.

Bachofen spricht sich im gleichen Sinne aus.

Taschek meint, daß wenn auch beim Zoll eine geringere Einnahme resultiren sollte, eine oder die andere Rubrik der indirecten Abgaben eine höhere Einnahme bringen und das Deficit ausgleichen wird.

Finanzminister v. Plener erklärte, daß er keinen besonderen Antrag stellen und das Haus nur auf die Mißlichkeit aufmerksam machen wolle, welche aus einem geringeren Erträgnisse der Zölle resultiren könnte. Der Antrag des Ausschusses wird darauf angenommen.

Die Einnahmen vom Staatseigenthum, dann Berg- und Münzwesen werden mit 7,615,157 fl., die „verschiedenen" Einnahmen mit 1,804,120 fl. und die Einnahmen für veräußerte Staatsgüter mit 1,070,400 Gulden angenommen.

Folgt die Berathung des eigentlichen Finanzgesetzes. Die Ueberschrift „Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1863, giltig für das ganze Reich" wird ohne Debatte angenommen.

Artikel 1. Das Staatserforderniß für das Verwaltungsjahr 1863 wird für sämmtliche Ausgabszweige in der Summe von 366,484,451 fl. festgesetzt, wovon die in dem ersten Theile des nachfolgenden Staatsvoranschlages ersichtlich gemachten Beträge auf die einzelnen Hauptrubriken, Abtheilungen und Unterabtheilungen entfallen.

Art. 2. Von den im Artikel 1 festgesetzten Staatserfordernissen ist durch die bestehenden directen Steuern und indirecten Abgaben (sammt den außerordentlichen Zuschlägen im bisherigen Ausmaße) dann durch die sonstigen Einkommenszweige des Staates ein Betrag von 304,585,097 fl. bedeckt. Hievon entfallen als Einnahmen und Ausgaben für die einzelnen Hauptrubriken und Abtheilungen, die in dem zweiten Theile des nachfolgenden Staatsvoranschlages aufgeführten Beträge."

Art. 3. „Die bei dem Erfordernisse für einzelne Hauptrubriken, Abtheilungen und Unterabtheilungen festgesetzten Beträge dürfen mit alleiniger Ausnahme der Disponibilitätsgebühren von Beamten und Dienern nur in derselben Hauptrubrik Abtheilung und Unterabtheilung verwendet werden."

Art. 4. „Die bei der Bedeckung als Ausgabe bei einer Hauptrubrik oder Abtheilung festgesetzten Beträge dürfen nur in derselben Hauptrubrik oder Abtheilung verwendet werden."

Diese vier Artikel werden ohne Debatte angenommen.

Eine sehr lebhafte Debatte entspinnt sich dagegen bei Artikel 5, der von der Erhöhung der directen Steuern handelt. Nicht weniger als 18 Redner sind eingeschrieben und außerdem meldet sich noch Lohninger als Berichterstatter der Minorität zum Worte, welche die Erhöhung der Grundsteuer nur um $^1/_{12}$ und nicht wie die Majorität vorschlägt, um $^2/_{12}$ bewilligen will.

Kromer spricht für die Befreiung Krains von der Steuererhöhung.

Tschabuschnigg vertheidigt den Ausschußantrag. Der Staat bedürfe der erhöhten Abgaben und man müsse auch bedenken, daß diese ursprünglich in Silber geleistet wurden, was jetzt nicht der Fall ist.

Mende beantragt die Fixirung einer gewissen Summe für die Erhöhung der Einkommensteuer, die nach Landesquoten repartirt, und von den Landtagen und wo solche nicht fungiren von den politischen Behörden auf die einzelnen Steuerträger vertheilt werden sollen. Es sprachen noch Fischer für und Derbitsch gegen den Ausschußantrag. Schluß der Sitzung 2 Uhr, nächste Sitzung morgen.

Wie in Abgeordnetenkreisen verlautete, scheint es nunmehr festgestellt, daß Se. Majestät Sonntag, den 7. Dezember, in der Hofburg die beiden Häuser des Reichsrathes empfangen und die Session schließen wird. Man vermuthet, daß die Gelegenheit zu einer Erklärung vom Throne aus benützt werden wird. Die „Allg. Ztg.," die auch dieser Vermuthung in einer Correspondenz aus Wien erwähnt, bemerkt hiezu: Zu viele Gerüchte schwirren wieder in den Provinzen, namentlich in Ungarn, herum, die einer Rektifikation von kompetentester Stelle bedürfen, und den beginnenden Landtagen soll ein Fingerzeig gegeben werden über ihren Beruf und ihre Befugnisse: die Hoffnung, daß der Reichsrath ehestens seine legislativen Arbeiten fortsetzen wird, um unter dem Schutz der Krone den ferneren Ausbau der Verfassung zu bewerkstelligen, wird nicht unausgesprochen bleiben. Die Abgeordneten dürften aber nicht nur bei Gelegenheit des feierlichen Schlusses der Session in der kaiserlichen Hofburg empfangen werden; wie man erzählt, wird ein oder zwei Tage früher ein Empfangsabend in den Sälen der Hofburg stattfinden, zu dem die Abgeordneten als Gäste des Kaisers Einladungen erhalten werden. — Ueber das Abschiedsfest, das die Abgeordneten selbst vor ihrer Abreise von Wien in heiterem Kreise vereinen soll, ist noch nichts endgiltig festgestellt; doch lassen die Anordnungen, die der unermüdliche Ordner des Hauses, Hr. Brosche, zu treffen gesonnen ist, ein heiteres fröhliches Fest erwarten.

Kuranda's Rede wird heute vom „Botschafter" analysirt. Das Haupt-Thema, welches Herr Kuranda durchführen wollte, schreibt der „Botsch.", war folgendes: „Es handle sich für Oesterreich darum, die italienische Frage zu einem Abschlusse zu bringen u. z. durch wohlwollende Verhandlung." Das sind Kuranda's eigene Worte. Ehe wir auseinandersetzen, in welcher Art Kuranda seinen Hauptgedankengang entwickelte, stellen wir noch folgende Sätze nebeneinander, die seine Hauptphrase umspielten, wie Delphine die stolzeste Fregatte seiner Logik. Kuranda meinte: „daß sich die politische Lage Oesterreichs wesentlich gebessert" sagte aber kurz darauf: „es liege bisher kein günstiges Resultat vor" der Bemühungen des Ministers des Aeußern.

Prägen wir uns nochmals das Hauptthema ein. Also: „Die italienische Frage müsse man zu einem Abschlusse bringen durch wohlwollende Verhandlung, welche die italienische Regierung in die Lage versetzt, Friede mit den Nachbarn halten zu können." — „Ein Gelingen sei aber unmöglich ohne das zusammenwirken Oesterreichs mit einer der zwei maßgebenden Mächte." — „Wir wollen unsere Allianzen dort suchen, wo frisches Leben sprießt, wo gesetzliche, aber kräftige Freiheit gesichert ist," Das Alles sind die eigenen Worte Kuranda's. Er fährt dann fort zu zeigen: „Die russische Allianz ist zur Zeit keine, die uns nützen kann; unsere natürlichste Verbindung liegt in Deutschland, aber wir können von Preußen keine Unterstützung erwarten. Richten wir unseren Blick auf England. Ich muß das Zeugniß geben, daß man sich Mühe gab, die englische Allianz zu suchen. Meines Erachtens wiegt man sich in trügerische Hoffnungen, wenn man auf die Hilfe Englands rechnet. Wie wenig Verlaß auf positive Unterstützungen Englands ist, kann man an Italien selbst erfahren. Sobald der Orient ins Spiel gezogen oder bedroht ist, da wird England uns suchen."

Kuranda also der damit begann: „daß die Vertheidigungskraft eines Staates in zuverlässigen guten Allianzen bestehe" und der dem Grafen Rechberg den Vorwurf machte: „daß der Minister des Aeußeren sich um allerlei Bundesgenossen umschaute, bisher liege uns aber ein günstiges Resultat dieser Umschau noch nicht vor" folgert aus der Ausführung seines Vorwurfes und beweist: „daß Oesterreich mit Rußland, Preußen und England keine Allianz eingehen könne."

Mit welcher Macht also soll Oesterreich eine Allianz eingehen? Kuranda sagte in seinem Hauptsatze: „wir wollen unsere Allianzen dort suchen, wo frisches Leben sprießt, wo gesetzliche aber kräftige Freiheit gesichert ist!" Es ist schwer zu errathen, welches Land Kuranda meint, da es mit Rußland, Preußen und England Nichts ist! So nenne endlich mir das Land! wird man uns zurufen. Kuranda möge es selbst thun! Er sagt: „Weshalb soll Oesterreich nicht Frankreich seine Hand reichen, damit endlich Friede werde und damit nicht blos Oesterreich, sondern das italienische Volk in sich selbst Beruhigung finde!" Also Frankreich ist das Land, wo frisches Leben sprießt, wo gesetzliche aber kräftige Freiheit gesichert ist! Das glaubt oder sagt wenigstens außer dem liberalen Kuranda wohl nur noch Monsieur de Laguerronière! Das riecht nach dem „Retter der Gesellschaft!" Und ferner: „Durch wohlwollende Verhandlung soll man Italien pazifiziren und es in die Lage versetzen, Friede mit den Nachbarn halten zu können!" Mit Italien, das nach Rom und Venedig schreit und fortwährend „guerra, guerra" singt, soll man wohlwollend verhandeln, „sollen wir verhandeln, die wir Venedig erhalten wollen!" sagt derselbe Herr Kuranda. Wir, die wir den gesunden Menschenverstand Oesterreich erhalten wollen, glauben nicht, daß Italien wohlwollend mit sich unterhandeln lasse, außer wenn man das Wohlwollen so weit treiben will, Venedig als Beweis des Wohlwollens Italien zu übergeben. Frankreich ist wohl so wohlwollend gegen Italien gewesen, wie es Herr Kuranda Oesterreich kaum zumuthen dürfte; Drouyn de Lhuys, der Freund Kuranda's, unterhandelt auch schon einige Zeit hindurch sehr wohlwollend mit Italien, und doch will dieses Italien „das durch Oesterreich in sich selbst Beruhigung finden soll," wie Kuranda sagt, keine Ruhe, bevor es nicht Rom und Venedig besitzt. „Italien bis an die Adria, Rom oder den Tod! Hat Herr Kuranda diese Sätze nie in der „Ost-Deutschen Post" gelesen, „mit welchem Blatte der Herr Reichsrath in intimen Beziehungen steht" wie das Journal, dessen Eigenthümer er ist, vor einiger Zeit schrieb? „Mit Italien" also „sollen wir wohlwollend verhandeln, das durch Oesterreich Beruhigung in sich selbst finden soll" und doch sagt Herr Kuranda einige Sätze weiter: „Wir haben eben so wie Frankreich ein Interesse gegen eine Unification Italiens. Das ist das österreichische Programm! Auch in Bezug auf die weltliche Herrschaft des Papstes ist es klar, daß Frankreich und Oesterreich dieselben Interessen haben!" Und dennoch soll Oesterreich mit Italien verhandeln? und wenn Oesterreich nicht will? Oder will es? Vielleicht gelingt es Hrn. Kuranda, die Ansprüche Italiens auf Rom und Venedig zu beseitigen, er wäre dann ein noch größerer Staatsmann als sein Freund Drouyn de Lhuys.

„England hat nie aufgehört seine Sympathien für die italienische Einheit auszusprechen, immer und immer hat es das italienische Volk ermuthigt, bestärkt, in dieser Idee auszuharren, und zwar aus politischen, aus religiösen, wie aus merkantilen Motiven. Wir, die wir uns auf entgegengesetzter Interessengrundlage bewegen, wie können wir hoffen, daß England sich selbst untreu werden wird, und uns die Hand biete u. s. w." Und derselbe Herr Kuranda sagt weiter im Verlaufe seiner Rede: Ein Einverständniß zwischen Oesterreich und Frankreich in der italienischen Frage würde uns England gar nicht entfremden. Im Gegentheil u. s. w."

Mit alledem will Herr Kuranda schließlich bewiesen haben, daß, wenn man das thue, was er, Kuranda, anräth: „Oesterreich endlich die ihm gebührende Weltstellung wieder erlangen und schließlich in der Lage sein wird, sein Kriegsbudget herabzumindern" und zwar schon, wie Herr Kuranda schließlich schließt: „im künftigen Jahre!"

Es ist nicht nöthig solchen Aufstellungen und Beweisführungen ein Wort beizufügen. „Kuranda widerlegt durch Kuranda", das war Alles, was wir zeigen wollten.

Und gerade deshalb, weil Kuranda auch Journalist ist, darf die Journalistik nicht blind und stumm sein, gegenüber solcher die Gesammtheit der Publicistik schädigenden Rede. Man muß der Welt zeigen, daß es Journalisten gibt, die logischer und consequenter denken und folgern als Kuranda, der die Rolle eines österreichischen D'Israeli spielen möchte, leider aber das staatsmännische Talent und Wissen besitzt, um mit Erfolg einem Minister entgegenzutreten. Wir wünschten den Ministern gefährlichere Feinde als es die Herren Skene und Kuranda sind und zwar aus dem Grunde, damit die Minister in die Lage kämen, im geistig ebenbürtigen Kampfe zu erstarken. Der Kampf schärft und nur der Sieg gegen gefährliche Gegner kann Stolz einflößen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. Nov. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin, dann Kronprinz Rudolph und Prinzessin Gisela werden übermorgen den Aufenthalt in der Hofburg nehmen.

Se. Majestät der Kaiser haben heute Vormittags Audienzen ertheilt.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben zur Vertheilung an verstümmelte Krieger aus dem letzten Feldzuge am h. Abend z. H. des Herrn Franz Anton Danninger 300 fl. allergnädigst übergeben zu lassen geruht.

I. Maj. die Kaiserin haben dem hiesigen katholischen Gesellenvereine einen allergnädigsten Unterstützungsbeitrag von 100 Gulden zu bewilligen geruht.

I. Maj. die Kaiserin Karolina Augusta geruhten der Direction des Wiener Schutzvereines zur Rettung verwahrloster Kinder einen Beitrag von 300 fl. allergnädigst übergeben zu lassen.

Die sämmtlichen Herren Erzherzoge und Frauen Erzherzoginen, welche in Weilburg bei Baden domicilirten, sind heute nach Wien übersiedelt.

Ein Triester Telegramm des „Botschafter" meldet: Im Falle nicht andere Dispositionen eine raschere Rückkehr des Kronprinzen von Preußen und seiner Gemalin nach Berlin nöthig machen, wird das erlauchte Paar die Heimreise aus Italien über Wien machen und daselbst einige Tage verweilen.

Die Hofjagd zu Holitsch in Ungarn, an welcher Se. Maj. der Kaiser Theil nimmt, findet Donnerstag den 4. Dec. statt. Uebermorgen Samstag ist große Hofjagd bei Göding in Mähren.

Der Herr FML. Ritter v. Schmerling wird morgen von seiner unternommenen Reise nach Kassel wieder in Wien eintreffen.

Das Polizeiministerium hat dem in Brüssel erscheinenden Journal „Le Nord" den Postdebit in den k. k. Staaten wieder bewilligt.

Der Eigenthümer und Redacteur der „Neuesten Nachrichten", Hr. Friedmann, hat die ihm mittelst Urtheils des k. k. Landesgerichts vom 23. Mai zuerkannte dreimonatliche Kerkerstrafe vorgestern angetreten und vor Antritt derselben einen rührenden Abschied von den Lesern seines Blattes dies- und jenseits der Leitha genommen.

Bei den am 24. d. zu Völkermarkt stattgefundenen Ergänzungswahlen für den kärnthischen Landtag sind zu Abgeordneten gewählt worden die Herren: Franz Einspieler, Religionslehrer an der Ober-Realschule zu Klagenfurt, und Joseph Eduard Schwab, k. k. Hofrath bei dem Obersten Gerichtshofe.

Die Reichenberger Handelskammer erhielt dieser Tage von Sr. Excellenz dem Statthalterei-Vicepräsidenten Freiherrn v. Kellersberg die Mittheilung, daß der Armeebedarf an Ausrüstungsmaterial und darunter auch an Leinen- und Baumwollwaaren für 1863 eben erst in der Ausschreibung begriffen sei und daß er sich sofort zur Abhilfe der Webernoth, wegen der Sistirung der allgemeinen Offertverhandlung für Leinen- und Baumwollwaaren und wegen der Zuwendung dieser Lieferung, sowie eventuell der gleichen Lieferung für 1863 an die Fabrikanten und Erzeuger im Erz- und Riesengebirge gewendet habe. Die Kammer wird zugleich aufgefordert, anzugeben, wie groß die Bestellungen sein müßten, um nicht nur weiteren Arbeiterentlassungen zu begegnen, sondern auch die bereits feiernden Arbeitskräfte wieder zu beschäftigen.

Das heute ausgegebene 38. Stück des Reichsgesetzblattes enthält die Verordnung über die gegenseitige Aufhebung des gesandtschaftlichen Paßvisazwanges zwischen Oesterreich und den Regierungen von Schweden und Norwegen, Hannover, Hessen-Darmstadt und Nassau.

Deutschland.

Nach der „N. P. Z." hat der kurhessische Minister v. Dehn-Rotfelser ein Schreiben an den Herrn v. Bismarck in Folge der jüngsten Depesche gerichtet.

Die Sendung des Generals von Schmerling, schreibt die „E. S.", wird ihren Eindruck nach keiner Seite hin verfehlen, und es ergibt sich daraus der volle Ernst des österreichischen Cabinets, auf die endliche Beilegung der kurhessischen Wirren einzuwirken, während durch die gewählte Form alles Verletzende und Brüskirende vermieden wird, das selbstredend nur dazu führen kann, die Dinge auf die Spitze zu treiben, nicht zum Ausgleich, sondern zu einer Catastrophe zu führen.

Der preußische Bundestagsgesandte, Frhr. v. Usedom, ist am 25. d. auf telegraphischem Wege nach Berlin beschieden worden und ohne Verzug dahin abgereist.

Herr v. Bismark, schreibt die Berl. „Börsen-Ztg." in ihrer neuesten Nummer, scheint die Idee, ein Compromiß zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause zu Stande zu bringen, noch keineswegs angefangen zu haben; ja er hat sogar nach seiner Rückkehr aus Paris Schritte gethan, welche vermuthen lassen, sein dortiger Empfang habe ihn mehr und mehr von der Nothwendigkeit, einen Bruch zwischen Krone und Volksvertretung zu vermeiden, überzeugt. So hat er in den letzten Tagen mit verschiedenen Mitgliedern der entscheidenden liberalen Partei unter den Abgeordneten Conferenzen gehabt, in welchen er deren Meinung über die Aufnahme, welche etwaige versöhnliche Schritte der Regierung bei der Majorität der Kammer finden würden, erfahren wollte. Da er jedoch über die Art und Weise des Entgegenkommens der Regierung nichts Bestimmtes verlauten ließ, sondern sich meist nur in denselben allgemein gehaltenen Redensarten bewegte, welche in den Commissionssitzungen oft genug gehört worden waren, so konnten diese Unterredungen weder nach der einen noch nach der andern Seite hin ein genügendes Resultat liefern. Die Conferenzen jedoch, verglichen mit einigen Mittheilungen, welche man in der feudalen Presse findet, lassen es glaublich erscheinen, daß Herr v. Bismark wirklich der Junkerpartei zu liberal ist, und daß er sich deshalb nach einer andern Stütze für die Fortdauer seines Ministeriums umsieht.

Der „K.-Z." wird aus Berlin vom 25. d. geschrieben: Der bisherige russische Gesandte am hiesigen Hofe, Baron v. Budberg, ist heute von Petersburg hier wieder eingetroffen und hat dem Herrn Ministerpräsidenten im auswärtigen Amte einen längeren Besuch gemacht. Sobald Herr von Budberg in einer Privataudienz sein Abberufungsschreiben überreicht hat, wird sich derselbe auf einen neuen Posten nach Paris begeben. Die gestern gebrachte Nachricht über Herrn v. Budberg scheint also ungegründet.

Nach der Voss. Ztg. machte der von der Regierung gemaßregelte Abgeordnete Staatsanwalt Oppermann am 19. d. in Wittstock seinen Wählern die Mittheilung, daß sich seine Verhältnisse neuerdings so gestaltet hätten, daß er wahrscheinlich Preußen verlassen werde.

Der „Dziennik Pozn." schreibt: Es hat sich in Posen das Gerücht verbreitet, daß die dortige Polizeibehörde bei der Staatsanwaltschaft die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Theilnehmer an der vor Kurzem entdeckten geheimen Gymnasiastenverbindung beantragt und daß die Staatsanwaltschaft diesen Antrag zurückgewiesen habe. Auf die Beschwerde der Polizeibehörde bei der Ober-Staatsanwaltschaft soll indessen diese dem Antrage stattgegeben haben.

Aus Darmstadt, 25. November wird geschrieben: Die zweite Kammer erhielt in ihrer heutigen Sitzung die officielle Mittheilung durch das Präsidium, daß der Großherzog verhindert sei, die (überdemokratische) Adresse persönlich anzunehmen, und daß dieselbe deshalb schriftlich dem Ministerpräsidenten übersandt worden sei. In den folgenden Versammlungen wurde die auch regierungsseitig bestrittene Wahl des zweiten Mainzer Deputirten Dumont mit bedeutender Majorität für ungültig erklärt. In einer hierauf abgehaltenen geheimen Sitzung soll sich die Kammer auf unbestimmte Zeit (voraussichtlich jedoch bis zum 10. December) vertagt haben.

Die „Isar-Zeitung" will wissen, König Otto von Griechenland werde jedenfalls den Winter über in München verbleiben, wegen einer Uebersiedlung nach Würzburg sei noch keine Bestimmung getroffen.

Frankreich.

Paris, 25. November. Der „Moniteur" enthält heute lange Listen von Ernennungen im Richterstande. — Laut France soll der Staatsrath auf den Antrag des Seine-Präfecten, Herrn Haußmann, entschieden haben, daß die Reform im Bäckereiwesen nur kraft eines Gesetzes vorgenommen werden kann. Nach dem Avenir commercial hätte der Staatsrath den Antrag des Herrn Haußmann auf Fortbestand der Bäkercasse nicht angenommen, sondern den Vorschlag des Ministers Rouher gebilligt, welcher dahin geht, daß die Vorschüsse, welche jener Casse zur Aufrechthaltung mäßiger Brodpreise gemacht, aus dem Ertrage einer besonders zu diesem Zwecke zu erhebenden Octroitaxe nach und nach getilgt werden sollen. — Graf Flahault, der sich noch in London befindet, hat eine ernste Unterredung mit Lord Palmerston über die griechischen Angelegenheiten gehabt. Es wäre nicht unmöglich, daß Herr Pietri, der seinerzeit in Nizza sich bei der Abstimmung aufhielt, in außerordentlicher Mission nach Griechenland abgeschickt würde. Seit einiger Zeit tauchen plötzlich die Gerüchte über ein Vermählungsproject zwischen dem Herzoge von Leuchtenberg und der Prinzessin Anna Murat wieder auf. — Den heutigen Abendblättern zufolge ist das Linienschiff Turenne nach den griechischen Gewässern commandirt worden. — Ein Dampfer aus der Levante, sagt die Gazette de France, hat in Marseille die Gala-Wagen des Königs Otto ausgeschifft. Dieselben wurden sofort nach München weiter befördert. — Herr Mirès trägt sich wieder mit Zeitungsunternehmungen um. Er hat sich in Compiègne an Herrn v. Persigny mit der Bitte gewandt, die hier bestehende Zeitung L'Echo de la Presse, die gerade nicht die besten Geschäfte machen soll, in ein großes imperialistisches Blatt liberaler Färbung verwandeln zu dürfen. Herr Rouy, bisher Gerant der „Presse," wird nun auch wohl auf Antrag der Actionäre von dem Ministerium des Innern als Chef-Redacteur des Blattes bestätigt werden. — Die Witwe des vom Herzog von Gramont erstochenen Herrn Dillon verlangt von Ersterem einen Schadenersatz von 50,000 Franken Capital oder 4000 Franken Rente. Die Affaire des Vicomte de Noë gegen Villemessant ist noch nicht vorgekommen. Der Vicomte verlangt von dem Redacteur des Figaro 50,000 Fr. Schadenersatz. Er hält sich für verleumdet und diese Summe erscheint ihm ausreichend, um ihn zu entschädigen. Favre vertheidigt Noë. Diese Angelegenheit hat noch zu einem vierten Processe Anlaß gegeben. Herr Kugelmann (ein Deutscher aus Kurhessen), Besitzer der Druckerei, in welcher der Figaro gedruckt wird, beansprucht von Herrn de Noë einen Schadenersatz von 60,000 Franken, weil er sich unrechtmäßiger Weise in seine Druckerei eingeschwärzt und sich Druckbogen habe ausliefern lassen, auf denen er Correcturen vorgenommen.

Die Broschüre des Prinzen Napoleon, von der man sich im Palais royal eine ganz außerordentliche Wirkung versprach, ist — schreibt man dem „Botsch." aus Paris — trotz des großen Eclats, mit welchem man sie ankündete, fast spurlos vorübergegangen! Der einzige Mann, auf den sie einigen Eindruck machte, weil sie seiner Politik gar zu entschieden entgegentritt, war vielleicht Herr Drouyn de Lhuys. Wenigstens erzählt man sich, daß der Minister des Auswärtigen, sobald er die Broschüre gelesen, sofort zu Kaiser Napoleon eilte und das dringende Ansuchen stellte, die Broschüre des rothen Vetters im „Moniteur" zu dementiren. Dies ist jedoch bis jetzt noch nicht geschehen und man schließt daraus auf's Neue, daß die beiden Cousins, der Kaiser und der Prinz, eigentlich unter einer Decke stecken und die Broschüre mit voller Zustimmung des Ersteren erschienen sein dürfte. Prinz Napoleon wenigstens ist keineswegs gesonnen, seine Angriffe auf die weltliche Herrschaft des Papstes aufzugeben, sondern bereitet schon eine zweite Broschüre vor, welche den Titel „L'Union" führen und binnen kurzer Zeit erscheinen wird. Man sieht, die Linke des Bonapartismus ist ebenso thätig wie die Rechte in der France unter dem Protectorat der Kaiserin; es scheint aber, daß die Linke sehr wohl weiß, was die Rechte thut und umgekehrt.

Am verflossenen Sonntag wurde über die griechische Frage verhandelt; Herr Drouyn hat den Entwurf einer Circularnote vorgelegt, in welcher die Aufrechterhaltung der Nichtintervention verlangt wird. Es ist das zugleich ein indirecter Protest gegen die Candidatur des Prinzen Alfred, gegen welche auch Rußland bereits Protest erhoben haben soll. Verzichtet Frankreich und Rußland damit auch auf die Candida-

tur des Herzogs von Leuchtenberg, so wird England gegen jenen Protest wohl nicht viel einzuwenden haben.

Der „F. P. Z." wird aus Paris, 24. Novmbr. geschrieben: Aus dem Umstand, daß der Kaiser gestern, an einem Sonntage, den Ministerrath außerordentlicherweise nach Compiègne zusammenberief, läßt sich mit Recht schließen, das etwas höchst Wichtiges berathen wurde. So viel ich erfahren konnte, soll es sich hauptsächlich um die italienische Frage gehandelt haben. Ueber die Lage der Turiner Regierung wird man hier ohne Zweifel specielle Depeschen erhalten haben, deren Inhalt sehr ernster Natur sein dürfte. Wenn einerseits allerdings anzunehmen ist, daß die französische Regierung durch das Turiner Parlament keinen Druck auf sich üben läßt, so ist auf der anderen Seite doch nicht unwahrscheinlich, daß der Kaiser zur Beschwichtigung der aufgeregten Gemüther in Italien beruhigende Erklärungen nach Turin senden werde.

Dem „Constitutionnel" zufolge besteht das französische Occupationscorps von Rom angenblicklich aus folgenden Truppentheilen: sieben Infanterie-Regimentern, einem Jäger-Bataillon, einem Husarenregiment, zwei Batterien, einer Compagnie von Genie, Gensdarmerie- Sanitäts- und Arbeiter-Compagnien.

Das französische Expeditionscorps in Mexico besteht jetzt, nachdem alle Verstärkungen in Vera-Cruz eingetroffen sind, aus 4 Unfanterie-Regimentern, 4 Jägerbataillonen, 3 Zuaven-Regimentern, 2 Schwadronen reitender Jäger, 1 Schwadron Husaren, 6 Schwadronen Chasseurs d'Afrique, 5 Batterien, 3 Compagnien Artillerie-Train, 3 Compagnien von Genie, 1 Compagnie Garde-Train, 4 Compagnien Train und den nöthigen Abtheilungen Gensdarmerie, Sanitäts-Soldaten und Arbeiter Compagnien.

Schweiz.

Dem Bundesrath ging am 23. die Nachricht zu, daß eine solche Bande, deren Stärke auf 15 Mann angegeben wird, letzten Sonnabend den schweizerischen Postwagen bei Chiasso auf Schweizerboden angehalten und vollständig ausgeplündert hat.

Die Bevölkerung von Baselland hat am 23. d. bei der Abstimmung über die Frage, ob ein neuer oder der alte Verfassungsrath die Verfassungsrevision fort berathen soll, sich mit dem geringen Mehr von 70 Stimmen für einen neuen entschieden, der unter solchen Umständen kaum anders zusammengesetzt sein dürfe, als der alte. Im Ganzen stimmten 3736 für einen andern und 3666 für den alten Verfassungsrath.

Großbritannien.

London, 25. Nov. Der Prinz von Wales, so heißt es, wird von Rom aus direct über Marseille und Paris nach England zurückreisen und am 29. oder 30. in Schloß Windsor eintreffen. In Windsor wird er bis eine Woche vor Weihnachten verweilen. — Die Bildhauerin Mrs. Thornycroft ist von J. Maj. beauftragt, ein Brustbild der Prinzessin Alexandra von Dänemark auszuarbeiten, und die Prinzessin sitzt jetzt täglich der Künstlerin zu ihrem Modell. — Dr. Ellicot, Dechant von Exeter, ist, aller Wahrscheinlichkeit nach, zum Bischof von Gloucester und Bristol, an Stelle des Dr. Thomson, ersehen.

Der Staatsminister und Präsident der k. englischen Ausstellungscommission Graf Granville hat an den Sectionsrath Ritter v. Schwarz ein officielles Schreiben gerichtet, in welchem er die österreichische Ausstellungscommission über die Resultate, welche durch ihre angestrengten Arbeiten erzielt worden sind, beglückwünscht und in seinem und seiner Collegen Namen den herzlichsten Dank für die unschätzbare (invaluable) Unterstützung ausspricht, welche die Commission der erfolgreichen Durchführung des großen Unternehmens gewidmet hat. Insbesondere hebt das Schreiben auch noch hervor, daß es dem Grafen zum großen Vergnügen gereiche, anzuerkennen, daß sich vom ersten Augenblicke an, als er mit der Commission in schriftlichen und mündlichen Verkehr trat, nicht ein einziger Fall eines ernstlichen Zwiespalts oder Mißverständnisses ergeben, sondern eine ungetrübte Harmonie während der ganzen Dauer der Ausstellung die geschäftlichen Begegnungen begünstigt habe.

Italien.

Aus Turin 23. d. wird der „K.-Z." geschrieben: So viel man bis jetzt ersehen kann, wird die Zahl der für Ratazzi Stimmenden um 20 bis 30 hinter der ihrer Gegner zurückbleiben. Was dann weiter geschehen soll, ist die große Frage, die in diesem Augenblicke Rattazzi viele Sorge macht. Diesen Morgen hat man im Ministerrathe die Frage, ob Kammer-Auflösung oder nicht, lange und lebhaft erörtert, ist aber zu keinem Resultat gekommen. Uebrigens spricht man noch sehr geheimnißvoll von allerlei möglichen Zwischenfällen, wodurch die ganze Situation mit Einem Male eine andere Gestaltung annehmen könne. Die Opposition rechnet zwar nicht auf eine solche Wendung, denn sie hat bereits ihr Cabinet mit Minghetti, Lanza, Peruzzi u. s. w. vollständig in der Tasche und sogar die Generalsecretaire in spe vertheilt. Graf Vimercati steht auf dem Puncte, nach Paris zurückzukehren, aber er wird noch immer durch höhere Befehle zurückgehalten.

In der Sitzung der Turiner Deputirtenkammer vom 27. d. sprach Nicotera über seine Unterredung mit Ratazzi vor dessen Eintritt in's Ministerium und beharrt auf seinen der Linken gemachten Versprechungen. Ratazzi stellt dies in Abrede. Mordini leugnet seine und seiner Collegen erfolgte Verhaftung wegen Ertappung auf frischer That. Sie waren nach Sicilien gereist zum Zwecke der Versöhnung und um den Bürgerkrieg zu verhindern. Als sie verhaftet wurden, waren sie im Begriffe nach Turin zu reisen.

Von Garibaldi hört man, es gehe von Tag zu Tag mit seiner Wunde besser und die Ministeriellen sprechen schon hie und da die Befürchtung aus, der Verwundete von Aspromonte könne eines Tages ankommen und sich in's Parlament tragen lassen. Mehr braucht es nicht, um das Ministerium Ratazzi vollends in den Abgrund zu stoßen; man erinnert sich noch wohl der fürchterlichen Scene im Parlamente, als Garibaldi wüthend aufsprang, um seine Vaterstadt Nizza von Cavour zurückzufordern; Cavour, der nicht leicht einzuschüchtern war, zitterte und bebte, und man sagt, die Gemüthsbewegung, die ihn damals erfaßt, sei der Keim seiner Todeskrankheit gewesen.

In einem Corresp.-Artikel der „K.-Z." über die Lage im Innern Italiens heißt es: Das Deficit für das Jahr 1862 übersteigt 400 Millionen und der Gesetzvorschlag bezüglich eines neuen Anlehens liegt bereits fertig; aber wenn die Kammer aufgelöst werden soll, muß das Anlehen eo ipso vertagt werden, und zwar mindestens auf zwei Monate. Nun ist es noch fraglich, ob die Regierung in der Vermehrung der schwebenden Staatsschuld die bis dahin nöthigen Hülfsquellen aufzutreiben im Stande sein werde. Es sind bereits an dreihundert Millionen Schatzscheine im Umlauf und die Bankhäuser wollen selbst zu 8 pCt. keine neuen annehmen. Rothschild hat 60 Millionen, die ihm angeboten wurden, ausgeschlagen. Die Verwaltung ist in einem jämmerlichen Zustande und man kann sagen, Italien verwalte sich von selbst, mit Ausnahme natürlich der neapolitanischen Provinzen, die von einem wahrhaftigen socialen Kriege heimgesucht sind.

Der Prinz von Wales hat sich in Civita-Vecchia auf der königl. Yacht Osborne nach Toulon oder Marseille eingeschifft.

Rußland.

Der Ostf.-Z. wird geschrieben: Die bittern Früchte der Polnischen Agitation beginnen bereits zu reifen. So eben ist die Nachricht eingetroffen, daß am 18. d. M. in dem Polnischen Städtchen Rypin an der Westpreußischen Grenze unweit des Flusses Drewenz von den Bauern der Umgegend die größten Gewaltthätigkeiten gegen den Adel und die städtische Bevölkerung verübt worden sind. Veranlassung dazu gab die Rekruten-Aushebungs-Commission, welche Tags zuvor in dem Städtchen eingetroffen war, und vor welcher sich die cantonpflichtigen jungen Leute aus den umliegenden Dörfern unter Führung des Gemeindevogts gestellen mußten. Schon vorher war unter den Bauern die Meinung verbreitet, daß die neue Rekruten-Aushebung lediglich durch die revolutionären Bestrebungen des Adels und der städtischen Bevölkerung veranlaßt sei, und daß, wenn Ruhe im Lande herrsche, der Kaiser keine neuen Soldaten gebrauche. Die Stimmung, mit der die Bauern der Gestellungs-Ordre Folge leisteten, war daher gegen die genannten beiden Klassen eine sehr gereizte. Dazu kam, daß die Mitglieder der Aushebungs-Commission ohne militärische Uniform erschienen waren. Der bloße Anblick derselben steigerte daher den Verdacht. Als nun vollends den designirten Rekruten Legitimationsscheine von ganz anderer Form, als die früheren, und mit dem Gubernialwappen statt des Kaiserlichen eingehändigt wurden, entstand unter der Masse von mehreren hundert Bauern, die in und vor dem Gebäude, in welchem die Commission ihre Sitzung hielt, versammelt war, die größte Aufregung, die bald in förmlichen Aufruhr überging. Man schrie: „Das ist nicht das Regierungswappen! das ist das Wappen der Revolution, das Wappen Galibardis (Garibaldis)! Wir wollen keine Revolution! Wir halten treu zum Kaiser und lassen uns vom Adel und seinen Helfershelfern nicht unterdrücken!" Unter diesem Geschrei stürzte sich die zur Wuth entflammte Masse auf die Mitglieder der Commission und auf Alle, welche dieselbe in Schutz nehmen wollten, mit erhobenen Knütteln und was sonst Jeder in der Hand hatte. Nur mit Noth gelang es den Angegriffenen, nach den gröbsten Mißhandlungen sich durch eine Hinterthür in die Stadt zu flüchten und ihr Leben zu retten. Das Gebäude wurde im Innern gänzlich verwüstet. Hierauf stürzte sich die rasende Bauern-Emeute in die Stadt, zertrümmerte überall die Fenster, drang in die Häuser ein, mißhandelte Jeden, der ihr in die Hände fiel, zerschlug die Möbel und fing zuletzt an zu plündern und zu rauben. Diese Grausamkeiten dauerten von 10 Uhr früh bis zum späten Abend. Endlich gelang es den Einwohnern, mit vereinten Kräften die Bauern aus der Stadt zu vertreiben. Zwei Personen sind von den Bauern getödtet und gegen 20 mehr oder weniger schwer verletzt worden. Der Adel der Umgegend hat größtentheils die Flucht ergriffen.

Der „Czas" spricht die Ueberzeugung aus, die Bevölkerung des Königreichs Polen werde sich durch diese massenhafte Conscription zu keiner Catastrophe hinreißen lassen. Die „Gazeta narod." dagegen droht förmlich mit einem Aufstand, wenn die angeordnete Recrutirung nicht rückgängig gemacht wird.

Einem von der „Agence continentale" ausgegebenen Telegramme aus Petersburg zufolge hat die russische Regierung einer aus drei Dampfffregatten und zwei Linienschiffen bestehenden Flottille Befehl zugeschickt, sich zum Absegeln in's mittelländische Meer bereit zu halten.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 29. November.

* Im „Czas" erklärt Dr. E. Janota, daß nicht er der Autor des die Beschreibung von Glas-, Thon- und Porzellansachen umfassenden Theiles des Katalogs der Krakauer archäologischen Ausstellung von 1856 sei, von dessen projectirter Indrucklegung wir im Feuilleton der „Krakauer Ztg." neuerdings Nachricht gegeben. Die von ihm anfangs verlangte Bearbeitung dieser Rubrik habe er als nicht competent nicht übernommen, könne also auch mit Beeinträchtigung des wirklichen Verfassers sich nicht zu derselben bekennen, noch die Verantwortlichkeit für sie auf sich nehmen.

* Vor den Schranken des Kriegsgerichtes in Stanislau stand kürzlich ein dortiger Bürger, welchem zur Last gelegt wurde, er habe zur Zeit der vorjährigen Landtagswahlen in einer zu Stanislau abgehaltenen Wahlversammlung in Gegenwart von ruthenischen Geistlichen, die für den dortigen Stadtbezirk candidirten, sich unziemliche, gegen die Würde des geistlichen Standes verstoßende Aeußerungen erlaubt, um so die Candidatur der genannten Geistlichen zu hintertreiben. In Folge dessen ging nun der Antrag der Staatsbehörde dahin, den Angeklagten zu vier Monaten schwerem Kerker zu verurtheilen. Der Vertheidiger Dr. Skwarczyński suchte darzuthun, daß die seinem Klienten zur Last gelegten Aeußerungen nicht eine Beleidigung des geistlichen Standes involvirt hätten, sowie, daß es bei Gelegenheit von Wahlen überhaupt einem Jeden freistehe und freistehen müsse, innerhalb der gesetzlichen Schranken gegen alle jene Kandidaten, die er nicht gewählt wissen wolle, mit allen Mitteln zu agitiren, daß aber eben die in Rede stehenden Mittel und Aeußerungen, deren der Angeklagte sich bediente, keineswegs „unerlaubte" gewesen wären. Um seine Behauptungen auf thatsächliche Beweise zu stützen, führte der Vertheidiger schließlich noch den Umstand an, daß während der Wahlen zum galizischen Landtage im Frühjahre 1861 nicht blos Einzelne, sondern die gesammte galizisch-polnische Presse gegen den k. k. Beamtenstand agitirt, ja demselben jedes Anrecht auf das active und passive Wahlrecht abgesprochen habe. Dennoch, meinte Dr. Skwarczyński, seien die Journale nicht in Anklagestand versetzt, noch weniger aber verurtheilt worden; es müsse daher dasselbe Recht auch jedem Einzelnen, der dazu noch die Schranken der Gesetzlichkeit nicht überschreitet, zustehen. Der Vertheidiger trug auf „Lossprechung" seines Klienten an, auf welchen Antrag aber der Gerichtshof nicht einging; derselbe wurde vielmehr zu vierzehntägiger Kerkerhaft, verschärft durch Fasten (zweimal wöchentlich) verurtheilt.

* Eine Deputation von Städtern und Landleuten hatte — wie „Czas" u. „Gaz. Nar." vom San, 25. d. schreiben — den griech.-kath. Bischof in Przemyśl Hochw. Polański ersucht, dem Pfarrer Kolpaczkiewicz jegliche Reformen im Ritus zu untersagen, andernfalls würde das gesammte Volk vom gr. unirten zum lateinischen Ritus übergehen. Nach Erfolglosigkeit des Gesuchs trat am 23. d. nach Beichte und Annahme der h. Communion H. Konstantin Batorowicz, der als Aeltester der Kirche und Vorsänger unentgeldlich die Ordnung in derselben aufrechthielt, mit seiner Familie zum römisch-katholischen Ritus über. Seine übrigen Kollegen haben sich das Gelöbniß gegeben, seinem Beispiel nachzufolgen.

* Die Direction der galizischen Sparkassa in Lemberg ersucht uns um den Abdruck ihres nachstehenden Monatausweises für October l. J.

Mit Ende September d. J. war der Stand der Einlagen der galizischen Sparkasse 3,517,757 fl. 1 kr. — Im Laufe des Monats October wurden von 670 Parteien 63,568 fl. 76 kr. eingelegt und an 814 Parteien 117,315 fl. 10 kr. zurückgezahlt. — Das Einlagskapital hat sich daher um 53,746 fl. 34 kr. vermindert, und bestand am 31. October in 3,464,010 fl. 67 kr., und nach Zuzählung des Conto currente einiger Institute im Gesammtbetrage von 64,478 fl. 14 kr., dann der den Parteien gebührenden Ueberschüsse und à Conto-Zahlungen 16,463 fl. 11½ kr. betrug der Passivstand der galizischen Sparkasse am 31. October insgesammt 3,544,951 fl. 92½ kr. — Zur Deckung dieser Passiven besitzt das Institut in Activen: 3,901,849 fl. 30 kr. und zwar im baren Gelde 39,497 fl. 13 kr., in öffentlichen Papieren 694,074 fl. 45 kr., auf Pfändern 340,344 fl., in Wechseln 109,650 fl., auf Landhypotheken 1,852,732 fl. 3 kr. und auf städtischen Hypotheken 865,551 fl. 77 kr. — Es zeigt sich sonach ein Brutto-Ueberschuß in dem Betrage von 356,897 fl. 45½ kr., aus welchem die den Parteien gebührenden Interessen, Verluste und Regieauslagen am Jahresschlusse berichtiget werden. — (Hiernach sind die Positionen des in N. 258 der „Krak. Ztg." veröffentlichten Ausweises zu berichtigen.)

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Die neuen gestempelten Brief-Couverts werden vom nächsten Montag an unentgeltlich nur gegen Entrichtung der Briefmarken-Gebühr in Verschleiß gelegt werden.

— In ihrer letzten Sitzung hat die Troppauer Handelskammer sich für Errichtung einer Bankfiliale in Bielitz und Biala ausgesprochen. In Sachen der projectirten Welt-Industrie-Ausstellung in Wien gab die Kammer ihr Gutachten dahin ab, daß eine solche in Wien, „jedoch in keinem Falle später als im Jahre 1866", stattfinden sollte.

Breslau, 26 November. Die heutigen Preise sind (für einen preußischen Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergroschen = 5 kr. öst. W. außer Agio):

	bester	mittler.	schlecht.
Weißer Weizen	80 — 81	76	70 — 72
Gelber „	74 — 75	72	67 — 70
Roggen	56 — 57	55	53 — 54
Gerste	39 — 40	38	36 — 37
Hafer	25 — 26	24	22 — 23
Erbsen	52 — 55	50	47 — 49
Rübsen (für 150 Pfd. brutto)	235 —	223 —	209
Sommerraps	— —	—	— —

Preise des Kleesaamens für einen Zollzentner (89½ Wiener Pfund), preuß. Thaler (zu 1 fl. 57½ kr. österr. Währ. außer Agio):

Rother Kleesaamen:		Weißer Kleesaamen:	
bester	13⅚ — 14⅓	bester	18¾ — 19¾
guter	12¾ — 13⅓	guter	16¼ — 18—
mittlerer	10— — 11—	mittlerer	12¾ — 15½
schlechter	8— — 9⅙	schlechter	10— — 11¾

Rzeszów, 26. November. Die heutigen Durchschnittspreise waren in österreich. Währung: Ein Metzen Weizen: 3.40½ — Korn 2.35 — Gerste 1.75 — Hafer 1.17½ — Erbsen 2.50 — Bohnen 2.— — Hirse 1.80 — Buchweizen 1.60 — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.80 — Eine Klafter hartes Holz 8.70 — weiches 6.— — Ein Zentner Heu 1.40 — Ein Zentner Stroh —.80.

Tarnów, 26. November. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. österreich. Währung): Ein Metzen Weizen 3.55 — Roggen 2.58½ — Gerste 1.90 — Hafer 1.25 — Erbsen 3.20 — Bohnen 2.25 — Hirse 2.10 — Buchweizen 2.— — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.80 — 1 Klafter hartes Holz 9.50 — weiches 7.25 — Futterklee 1.65 — Der Zentner Heu 1.50 — Ein Zentner Stroh 1.—.

Bochnia, 26. November. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. österr. Währ.): Ein Metzen Weizen 3.75 — Roggen 2.60 — Gerste 2.25 — Hafer 1.30 — Erbsen —.— — Bohnen —.— — Hirse —.— — Buchweizen —.— — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.80 — 1 Klafter hartes Holz 11.— — weiches 7.50 Futterklee —.— — 1 Zentner Heu 1.20 — 1 Zentner Stroh —.—.

Biala, 26. November. Marktpreise in österr. Währ.: Ein Metzen Weizen 4.65 — Roggen 2.90 — Gerste 2.32 — Hafer 1.39 — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.— — Eine Klafter hartes Holz —.— — weiches —.— — Ein Zentner Heu 1.10 Stroh 1.12.

Lemberg, 27. November. Vom heutigen Markte notiren wir folgende Preise: 1 Metzen Weizen (79 Pfd.) 3 fl. 68 kr.; Korn (77 Pfd.) 2 fl. 62 kr.; Gerste (68 Pfd.) 1 fl. 79 kr.; Hafer (45 Pfd.) 1 fl. 62 kr.; Haiden 2 fl. 60 kr.; Erdäpfeln 1 fl. 7 kr.; — 1 Zentner Heu 1 fl. 63 kr.; Stroh 49 kr.; — Buchenholz per Klafter 12 fl. 60 kr., Kieferholz — fl. — kr. Der Verkauf im Kleinen ohne Preisveränderung.

Krakau, 28. November. Auf dem heutigen Markte stellten sich die Durchschnittspreise folgendermaßen: Ein Metzen Weizen 4.55 — Korn 3.10 — Gerste 2.25 — Hafer 1.44 — Kukurutz 4.— Erdäpfel 1.05 — Eine Klafter hartes Holz —.— — weiches —.— — Ein Zentner Heu —.90 — Stroh —.75 fl. österr. Währ.

Wien, 28. November. National-Anlehen zu 5% mit Jänner-Coup. 82.80 Geld, 83.— Waare, mit April-Coup. 82.80 Geld 82.90 Waare. — Neues Anlehen vom J. 1860 zu 500 fl. 88.70 Geld, 88.80 Waare, zu 100 fl. 91.30 G., 91.50 W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 71.15 G., 71.40 W. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 798 G., 800 W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 223.10 G., 223.20 W. — der Kaiser Ferdinand Nordbahn zu 1000 fl. CM. 1906 G., 1908 W. — der Galiz.-Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl. C.-Mze. mit Einzahlung 224.— G., 224.50 W. — Wechsel (auf 3 Monate): Frankfurt a. M., für 100 Gulden südd. W. 103.20 G., 103.40 W. — London, für 10 Pfd. Sterling 121.65 G. 121.75 W. — K. Münzdukaten 5.83 G., 5.83½ W. — Kronen 16.75 G., 16.78 W. — Napoleond'or 9.74 G., 9.75 W. — Russ. Imperiale 10.— G., 10.02 W. — Vereinsthaler 1.81½ G., 1.82 W. — Silber 121.15 G., 121.50 W.

Krakauer Cours am 27. Novbr. Neue Silber-Rubel Agio fl. p. 107½ verl., fl. p. 106½ gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 376 verlangt, 370 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung Thaler 82½ verlangt 81½ bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 121 verlangt, 120 bez. — Russische Imperials fl. 10.06 verlangt, fl. 9.91 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 9.80 verlangt, 9.65 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 5.77 verlangt, 5.69 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 5.83 verlangt, 5.75 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 101¼ verl., 100½ bezahlt. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coupons in österr. Währung 81¾ verl., 81 bezahlt. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Convent.-Münz. fl. 85⅔ verlangt, 84⅚ bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währ. fl. 71¾ verl., 71 bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 83¾ verlangt 81¾ bezahlt. — Actien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währung 226 verl., 224 bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Wien, 28. Nov. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. Der Präsident zeigt an, daß die geschäftlichen Hindernisse, welche den Abg. Liebig an der Ausübung seines Mandats gehindert haben, beseitigt sind und Herr Liebig Mitglied des Hauses bleiben werde. (Bravo.)

Gegen Artikel V. des Finanzgesetzes haben sich neuerdings 3, für denselben 6 Redner einschreiben lassen.

Nachdem v. Kaisersfeld und Baron Ingram für, Goriup gegen den Artikel V. gesprochen, beantragt von der Straß Schluß der Debatte.

Der Antrag von der Straß ist mit 58 gegen 46 Stimmen angenommen. Die Wahl von Generalrednern aus der Mitte der noch eingeschriebenen 20 Redner wird beschlossen, die Sitzung zu diesem Zwecke auf 10 Minuten unterbrochen.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung theilt der Präsident mit, daß die Redner für den Art. V. auf den Berichterstatter reflektiren, die Redner gegen denselben haben sich nicht geeinigt.

Schließlich wird die Erhöhung der Abgaben für das Verwaltungsjahr 1863 nach den Anträgen des Finanzausschusses beschlossen und somit die Berathung über das Finanzgesetz für 1863 beendet.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet Montag den 1. Dezember um 11 Uhr Vorm. statt.

Berlin, 27. November. Die Kreuz-Zeitung meldet: Das bereits vom Herrenhause angenommene Ministerverantwortlichkeits-Gesetz wird, wie verlautet, etwas modifizirt dem nächsten Landtage wieder vorgelegt werden. Wie es scheint, sei man auch über das Gesetz wegen der Oberrechnungskammer in Berathung. Auch die Frage wegen der Diäten der Abgeordneten werde der gesetzlichen Regelung, deren sie bisher entbehrte, entgegengeführt werden und hiermit im Zusammenhange vermuthlich auch die Frage wegen der Kosten der Stellvertretung. In ihrem heutigen Leitartikel sucht die Kreuz-Zeitung nachzuweisen, daß die Regierung berechtigt sei, ein Wahlgesetz zu octroyiren. — Lord Loftus und Baron Budberg haben sich heute verabschiedet.

St. Petersburg, 27. Nov. Die „Nordische Post" theilt ein Circular des Ministers des Innern an die Gouverneure mit, daß zufolge eines Befehls des Kaisers die Detailgesetze über die neue Gerichtsverwaltung Anfang 1863 bereit sein müssen.

New-York, 14. Novbr. Es geht das Gerücht von einer Niederlage Burnside's und der Wiederbesetzung von Harpersferry durch die Conföderirten. Zwei Officiere vom Generalstabe M'Clellans wurden verhaftet und nach Washington geschickt. Die Ursache ihrer Verhaftung ist unbekannt. Die Bundestruppen halten Fayetteville nahe am Rapphannok besetzt. Jackson rückt auf Cumberland in Maryland, Bragg und Floyda gegen Gordonsville vor. Die Conföderirten befinden sich noch in Maerfresboro. Frankreich und Spanien sollen Genugthuung für die Behandlung der Franzosen und Spanier in New-Orleans verlangen. Es heißt, daß dieses Verlangen erfüllt werden soll.

Levantepost. (Mittelst des Lloyddampfers heute in Triest eingetroffen.) Konstantinopel, 22. Nov. Aus Anlaß der Geburt eines Prinzen fanden Freudensbezeugungen statt und erhielten viele Personen Geschenke. Die Soldaten dreier unlängst aus Montenegro zurückgekehrten Bataillone erhielten jeder 300 Piaster, die Offiziere zweimonatlichen Sold. Zia Bey wurde zum Großkanzler des Divans, Mustapha Pascha zum Minister des öffentlichen Unterrichts ernannt. Der Sultan befahl den Bau einer Fregatte und zweier Korvetten. Die Pforte richtete eine freundschaftliche Note an die griechische Regierung bezüglich der letzten in Konstantinopel vorgefallenen Demonstrationen der Hellenen, deren Wiederholung leicht die Ruhe stören und daher mindere Nachsicht finden könnte. Die Waffen, die vor 18 Monaten nach den Donaufürstenthümern geschmuggelt werden sollten, von der Pforte aber sequestrirt wurden, sind nach Entschädigung des Importeurs durch die italienische Regierung letzterer übergeben worden und werden nach Genua gebracht.

Athen, 22. Nov. Das Wahlprogramm der Regierung garantirt vollkommene Wahlfreiheit. Beamte, welche sich in die Wahl einmischen, werden mit Entlassung bedroht. Gegen die provisorische Regierung beginnt sich eine revolutionäre Opposition zu bilden. Absetzungen und Landesverweisungen dauern fort. Der Senat ist noch nicht abgeschafft worden, doch erhalten die Senatoren keinen Gehalt mehr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. **A. Boczek**.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 28. November.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Lad. Dombski a. Galizien. Peter Wędrychowski a. Polen.

Abgereist sind die Herrn Gutsbesitzer: Eduard Dzwonkowski n. Gromnik. Konstantin Kiernicki n. Frysztak.

Amtsblatt.

N. 2174. **Concursausschreibung.** (4342. 3)

Bei dem k. k. Oberlandesgerichte in Krakau ist eine Officialsstelle mit dem Gehalte jährlicher von 735 fl. und eventuell mit 630 fl. oder 525 fl. ö. W., in Erledigung gekommen.

Die Bewerber um dieser Stelle haben ihre gehörig belegten Gesuche unter Nachweisung der Kenntniß der polnischen Sprache im vorgeschriebenen Wege binnen vier Wochen vom Tage der dritten Einschaltung dieses Concurses in der „Wiener Zeitung" an das k. k. Oberlandesgerichts-Präsidium in Krakau zu überreichen.

Die disponiblen Beamten aber haben überdies die Nachweisung zu liefern, in welcher Eigenschaft, mit welchen Bezügen und von welchem Zeitpuncte angefangen, sie in den Stand der Verfügbarkeit versetzt worden seien, endlich bei welcher Kasse sie die ihre Disponibilitätsgenüsse beziehen.

Vom k. k. Oberlandesgerichts-Präsidium.

Krakau, am 25. November 1862.

L. 18605. **Obwieszczenie** (4347. 3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie niniejszém wiadomo czyni, iż z powodów publicznych odbywać się będzie w c. k. sądzie krajowym w Krakowie sprzedaż przez licytacyę publiczną realności pod l. 43 dz. VI. now. Nr. 248 gm. VIII. st. w Krakowie do kościoła N. P. Maryi czyli funduszu prałactwa tegoż kościoła w Krakowie należącéj, w czwartym terminie na dniu 9ym stycznia 1863, o godzinie 10éj zrana.

Cenę wywołania stanowi wartość téj realności przy sądowém oszacowaniu téjże wydobyta w ilości 2783 zła. 46 cent. i w powyższym terminie realność ta niżéj ceny szacunkowéj sprzedaną nie będzie.

Wadyum złożyć się mające wynosi 280 zła.

Warunki téj sprzedaży może każdy w registraturze tutejszéj przejrzeć.

Kraków, dnia 11 listopada 1862.

N. 21076. **Edykt.** (4326. 3)

C. k. Sąd krajowy zawiadamia niniejszym edyktem p. Kazimierza hr. Kuczkowskiego że przeciw niemu p. Wilhelm Swoboda jako spadkobierca ś. p. Wacława Jana Swobody w dniu 21 września r. b. l. 16834 o zapłacenie sumy wekslowéj 500 zła. z p. n. wniósł pozew, w załatwieniu tegoż pozwu nakaz płatniczy z dnia 23 września r. b. l. 16834 wydany został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome przeto c. k. sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego jak równie na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego adwokata Dra Koreckiego kuratorem nieobecnego ustanowił, któremu nakaz płatniczy doręcza się. Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu aby potrzebne dokumenta obrony ustanowionemu dla niego zastępay udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tem c. k. sądowi krajowemu doniósł w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 10 listopada 1862.

N. 41. **Kundmachung.** (4344. 3)

In Folge Beschlusses des k. k. Krakauer Landesgerichtes von 6. Oct. 1862 Z. 18589 werden die Gläubiger der Handlung Charlota Scheindel Hanna Goldwasser mit welcher ein Vergleichsverfahren eingeleitet wurde, hiemit aufgefordert, daß sie sich mit ihren, aus was immer für einem Titel herrührenden Forderungen, längstens bis 2ten Jänner 1863 persönlich oder durch einen Bevollmächtigten im Bureau des unterzeichneten öffentlichen Notars, als gerichtlichen Commissärs (St. Johannes-Gasse Nr. 297/466 Gde. IV. im I. Stock) melden, widrigenfalls die sich nicht Meldenden, insofern ihre Forderungen nicht durch ein Pfandrecht begründet sind, für den Fall des geschlossenen Vergleichs, nicht nur nicht befriedigt, sondern auch mit ihren Forderungen gänzlich zurückgewiesen werden. Der Anmeldung sind glaubwürdige Auszüge aus den Handlungsbüchern, Originalwechsel oder deren beglaubigte Abschriften beizuschließen.

Krakau, den 26. November 1862.

Franz Jakubowski,

k. k. Notar und Leiter der Charlota Scheindel Hanna Goldwasser'schen Vergleichsverhandlung.

N. 279. **Concurs.** (4339. 2-3)

Zur Wiederbesetzung der an der Lemberger medizinisch-chirurgischen Lehranstalt erledigten chir.-klinischen Assistenstelle wird der Concurs bis Ende December l. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen mit Adjutum jährlicher 210 fl. ö. W., einem Beköstigungsbeitrage täglicher 42 kr. ö. W., einer beheizten Wohnung im allgemeinen Krankenhause und einem Bezuge jährlicher 36 Pfund Unschlittkerzen verbundenen Posten, haben ihre mit dem medicin.-chirurgischen Doctors-Diplome, der Nachweisung ihres Alters, Standes, der bisherigen dienstlichen oder sonstigen practischen Verwendung, der Sittlichkeit, der Kenntniß der polnischen oder einer dieser nahe verwandten anderen slavischen Sprache, gehörig instruirten Gesuche innerhalb der Concursfrist mittelst ihrer unmittelbar vorgesetzten Behörden bei diesem Studien-Directorate einzubringen.

Vom k. k. med.-chir. Studien-Directorate.

Lemberg, am 21. November 1862.

L. 279. **Konkurs.**

Dla obsadzenia opróżnionego miejsca chirurgiczno-klinicznego asystenta przy tutejszym medyczno-chirurgicznym naukowym zakładzie, rozpisuje się konkurs do ostaniego grudnia r. b

Zgłaszający się o tę posadę, wynagrodzoną rocznym poborem 210 zła. oprócz tego strawném 42 cent. dziennie, opalonem mieszkaniem w powszechnym szpitalu i 36 funtami świec łojowych rocznie, swe prosby dyplomem doktora medycyny i chirurgii, wykazem wieku, stanu, dotychczasowego zatrudnienia, obyczajności, znajomości polskiego lub temuż spokrewnionego języka, poparte, w przeciągu powyżéj oznaczonego czasu pośrednio swych zwierzchności tutaj nadeszlą.

Od c. k. Dyrekcyi med. chir. naukowego zakładu.

Lwów, dnia 21 listopada 1862.

N. 14676. **Kundmachung.** (4340. 1-3)

Wegen Verpachtung der Mauthstation in Czerwieniec auf der Wiśniczer Kreisstraße wird für die Zeit vom 1. Jänner 1863 bis 31. December 1865 die schriftliche Offertverhandlung am 9. December 1862 bei der k. k. Kreisbehörde stattfinden.

Der Ausrufspreis beträgt jährlich 5803 fl. 90 kr.

Die diesfälligen Offerten sind an dem obigen Tage längstens bis 12 Uhr Mittags einzubringen.

Jede Offerte muß mit einer 36 kr. Stempelmarke und mit dem 10% Vadium versehen sein, ferner muß der Anbot für jedes Jahr der obigen dreijährigen Periode mit Ziffern und Buchstaben ausgeschrieben und die Offerte mit dem Vor- und Zunamen, so wie auch mit dem Wohnorte des Offerenten unterfertigt sein.

Die weiteren Bedingnisse können jederzeit bei der k. k. Kreisbehörde eingesehen werden.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Krakau, am 20. November 1862.

N. 3530 c. **Edykt.** (4357. 1-3)

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu w Nowymtargu niniejszem wiadomo się czyni, że Jan Marszałek w Pieniążkowicach w r. 1847 beztestamentalnie pomarł.

Ponieważ pobyt teraźniejszy synów tegoż Jana i Jędrzeja Marszałków tutejszemu sądowi wiadomy nie jest, przeto takowi wzywają się, ażeby w przeciągu roku od daty niżéj położonéj w tutejszem sądzie zgłosili i do dziedziczenia tego spadku deklarowali się, przeciwnie bowiem pertraktacya z zgłaszającemi się sukcesorami i ustanowionym dla nieobecnych kuratorem Janem Marszałkiem przeprowadzona będzie.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.

Nowytarg, dnia 14 listopada 1862.

Z. 2157. c. **Edict.** (4358. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Hrn. Georg Donner wegen Zahlung von 250 fl. ö. W. s. N. G. Fr. Emilie Friedlein 2 Ehe Antonosiewicz Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber mit h. g. Bescheide vom 5. November 1862 Z. 2157 civ. die Tagfahrt zur mündlichen Verhandlung auf den 10. Jänner 1863 um 9 Uhr Vormittags h. g. anberaumt worden ist.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist so hat das k. k. Bezirks-Gericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den k. k. Notar Herrn Leonhard Serafiński als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Bezirksgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht.

Wiśnicz, am 6. November 1862.

N. 614—2. **Licitationskundmachung.** (4345. 1-3)

Wegen Sicherstellung der verschiedenen Erfordenisse für das Krakauer k. k. Garnisons-Spital, die Krakauer k. k. Garnisons-Apotheke und die k. k. Artillerie-Schulcompagnie zu Łobzów auf die Zeit von der Ausstellung und Unterfertigung des Protocolls bis letzten November 1863 wird am 15. December 1862 Vormittags um 9 Uhr und wenn es nöthig sein sollte, an den nächst darauf folgenden Tagen eine erneuerte öffentliche Licitation beim obigen Spitale abgehalten werden, allwo die Licitations-Bedingungen in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden können. Schriftliche Offerte sind ausgeschlossen.

Krakauer k. k. Garnisons-Spital am 27. Nov. 1862.

N. 67318. **Kundmachung.** (4309. 6)

Seine k. k. Apostolische Majestät haben mit A. h. Entschließung vom 18. October l. J. Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Feststellung der Landesvoranschläge für 1862/3 die zur Deckung der Landesbedürfnisse erforderlichen Umlagen und zwar einstweilen in dem pro 1861/2 festgesetzten Ausmaße, provisorisch auch für das Verwaltungsjahr 1862/3 ausgeschrieben werden.

Zu Folge h. Staatsministerial-Erlasses vom 21. d. M. Z. 5629/St.-M. wird diese Allerhöchste Bestimmung hiermit mit dem Beisatze zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß hiernach in Galizien für das V.-J. 1863 zur Deckung der Erfordernisse des Landesfondes ein Zuschlag von $9^{5}/_{10}$ kr. und für die Erfordernisse der Grund-Entlastung ein Zuschlag von $50^{5}/_{10}$ kr. ö. W. von jedem Gulden der directen Steuern zu berichtigen sei.

Bezüglich der vom 1. November 1862 beginnenden Einhebung und Verrechnung dieser Steuer-Zuschläge ferner der Einkommensteuer von jenen stehenden Bezügen welche nach der Allerhöchsten Entschließung vom 25. November 1858 und der in Folge derselben erflossenen speziellen Bestimmungen (Verordnungsblatt des Finanzministeriums Nr. 62 ex 1858 und Nr. 18 ex 1859) die Befreiung von der Entrichtung der Landes- und Grundentlastungs-Zuschlage nicht zukommt, werden die nöthigen Verfügungen getroffen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 30. October 1862.

N. 67318. **Obwieszczenie.**

Jego c. k. Apostolska Mość najwyższem postanowieniem z dnia 18 października b. r. raczył najłaskawiéj zezwolić, ażeby z zastrzeżeniem konstytucyjnego ustanowienia budżetów krajowych na 1862/3 rok wymagane na pokrycie potrzeb krajowych, podatki rozpisane zostały, a mianowicie tymczasowo według ustanowionego na 1861/2 wymiaru, prowizorycznie także i na administracyjny rok 1862/3.

Na mocy wysokiego rozporządzenia Ministeryum państwa z dn. 21 t. m. l. 5629/M.P. podaje się niniejszém to najwyższe postanowienie do publicznéj wiadomości z tym dodatkiem, że według tego uiszczać się ma w Galicyi na administracyjny rok 1863 dla pokrycia potrzeb funduszu krajowego dodatek w kwocie $9^{5}/_{10}$ kr., a na potrzeby indemnizacyjne dodatek w kwocie $50^{5}/_{10}$ kr. w. a. od każdego złotego stałych podatków.

Co zaś do rozpocząć się mającego poboru i obliczenia tych dodatków podatkowych, niemniéj podatku dochodowego od tych stałych dochodów, którym według najwyższego postanowienia z dnia 25 listopada 1858 i specyalnych w skutek tego wydanych postanowień (Dziennik rozporządzeń Ministeryum finansów Nr. 62 z r. 1858 i Nr. 18 z r. 1859) nieprzysłuża uwolnienie od uiszczania dodatków krajowych i indemnizacyjnych, wydane zostaną potrzebne zlecenia.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 30 października 1862.

Intelligenzblatt.

Warnung!

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Parall. Linie 0° Reaum red.	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage von	bis
28	2	329''' 62	+ 0°6	90	Nord-Ost schwach	trüb	Regen	0°0	+1°9
	10	30 73	+ 0°4	92	„	„			
29	6	31 43	+ 0°1	100	Ost stark	heiter mit Wolken			

Wiener - Börse - Bericht

vom 27. November.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oest. W. zu 5% für 100 fl.	65.60	65.70
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	82.80	82.90
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	71.40	71.50
dtto. „ $4^{1}/_{2}$% für 100 fl.	61.75	62.—
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	144.—	144.50
„ 1854 für 100 fl.	91.60	92.—
„ 1860 für 100 fl.	91.40	91.50
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	17.75	18.—

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Niedr. Oesterr. zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	87.75	88.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.75	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	85.50	86.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.	89.—	90.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	85.50	87.50
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	72.—	72.75
von Temeser Banat 5% für 100 fl.	70.30	70.50
von Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	72.—	72.50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	71.—	71.50
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	69.—	69.75

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	788.—	790.—
der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W.	222.—	222.20
Nieder.-öster. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	629.—	630.—
der Kais.-Fer.-Nordb. zu 1000 fl. CM.	1903	1906
der Staats-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	238.—	258.50
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	153.25	153.75
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	125.—	125.50
der Theißb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	—.—
der südl. Staats-, lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. Währ. oder 500 Fr.	287.50	288.50
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	223.75	224.25
der österr. Donaudampfschifffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	411.—	412.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	232.—	234.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	398.—	402.—
der Wiener Dampfmühl-Aktien-Gesellschaft zu 500 fl. österr. Währ.	385.—	390.—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf CM. 6jährig zu 5% für 100 fl.	104.—	104.25
der Nationalbank auf CM. 10jährig zu 5% für 100 fl.	100.—	100.50
der Nationalbank auf CM. verlosbar zu 5% für 100 fl.	89.50	90.—
der Nationalbank auf österr. Währ. 12monatlich zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
der Nationalbank auf österr. Währ. verlosbar zu 5% für 100 fl.	85.50	85.75
Galiz. Kredit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl.	—.—	81.—

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung	132.80	133.—
Donau-Dampfsch.-Gesellsch. zu 100 fl. CM.	94.50	95.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.-M.	118.—	119.—
„ „ 50 „ „	53.—	53.50
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	36.25	36.50
Esterhazy zu 40 fl. CM.	99.—	99.50
Salm zu 40 „	37.—	37.50
Palffy zu 40 „	35.—	36.50
Clary zu 40 „	35.—	35.50
St. Genois zu 40 „	35.—	35.50
Windischgrätz zu 20 „	22.—	22.50
Waldstein zu 20 „	21.—	21.50
Keglevich zu 10 „	15.25	15.50

3 Monate.

Bank-(Platz-)Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. $3^{1}/_{2}$%	103.30	103.50
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 3%	103.60	103.69
Hamburg, für 100 M. B. 3%	91.70	91.75
London, für 10 Pfd. Sterl. 2%	122.—	122.10
Paris, für 100 Franks $3^{1}/_{2}$%	48.35	48.40

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl. kr.		Letzter Cours Geld fl. kr.	Waare fl. kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	5 84	5 $83^{1}/_{2}$	5 83	5 84
„ vollw. Dukaten	5 84	5 $83^{1}/_{2}$	5 83	5 84
Krone	— —	— —	16 75	16 80
20Frankstück	— —	— —	9 75	9 76
Russische Imperiale	— —	— —	10 —	10 02
Silber	121 25	— —	121 15	121 35

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang:

von Krakau nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm. — nach Breslau, nach Warschau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen 8 Uhr Vormittags; — nach und bis Szczakowa 3 Uhr 30 Min. Nachm.; — nach Przemyśl 6 Uhr 15 Min. Früh; — nach Lemberg 8 Uhr 30 Min. Abends, 10 Uhr 30 Min. Vorm. — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von Wien nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von Ostrau nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von Granica nach Szczakowa 6 Uhr 30 M. Früh, 11 Uhr 27 Min. Vormittags, 2 Uhr 15 Minuten Nachmittags.

von Szczakowa nach Granica 11 Uhr 16 Min. Vormitt., 2 Uhr 26 Min. Nachmitt., 7 Uhr 56 Min. Abends.

von Przemyśl nach Krakau 9 Uhr Morgens.

von Lemberg nach Krakau 5 Uhr 20 Minuten Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft:

in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Minuten Früh, 7 Uhr 45 Minuten Abends; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Minuten Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Przemyśl 7 Uhr 23 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min Nachmitt.; — von Wieliczka 6 Uhr 20 Min. Abends.

in Przemyśl von Krakau 4 Uhr 43 Min. Nachmitt.

in Lemberg von Krakau 8 Uhr 32 Minuten Früh, 8 Uhr 40 Minuten Abends.

In der Buchdruckerei des „CZAS."

Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.